



UMWELT

von Prof. Dr. HERMANN KNOFLACHER

Eine Front

Aus der Zeit gefallen

Wenn viele Parteien bei den Wahlen antreten, ist das ein gutes Zeichen für die Demokratie. Vor allem da sich auch immer mehr Menschen die Mühe machen, über deren Ideen und Programme nachzudenken.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert weiß man, dass die aus dem Industriezeitalter des 19. Jahrhunderts stammende Illusion **grenzenloser Machbarkeit** und **endlosen Wachstums** des Wohlstandes eine fatale ist.

Ebenso lange, in der unabhängigen Wissenschaft noch um ein Dreiviertel-Jahrhundert früher, ist der von Menschen gemachte Klimawandel bekannt und hautnah erlebbar. Viel dramatischer findet – von der schillernden Öffentlichkeit der Eintagsfliegen verborgen – ein Artensterben in einem Ausmaß statt, wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als die **fossile Energieschwemme** über uns hereingebrochen ist, mit der wir nachhaltig in die Welt eingegriffen und die vorgenannten Dynamiken ausgelöst und beschleunigt haben, war ebenso abnormal wie großartig und beginnt ihre Wirkungen zu entfalten, auf die wir nicht vorbereitet sind.

Wie auch in anderen Ländern hat die Dauer der Macht Einfluss auf die Beweglichkeit des Geistes, was von der „Regierung hinter den Regierungen“, den **Machtstrukturen** des Kapitals, dazu genutzt wird, ihre kurzfristigen Gewinninteressen gegen die Langzeitpflichten guten Regierens durchzusetzen und die Folgen auf die Bevölkerung, wie in den vergangenen Jahrzehnten abzuwälzen.

Ein Blick auf die **Schuldenuhr** und das Tempo ihres Wachstums ist schon aus dem Grund vor der Wahl anzuraten. Dass das, was bei Ihnen als Schulden aufscheint auf Seiten jener, deren Vermögen „von selbst“ zunimmt, kein Naturgesetz ist, wurde schlau und geschickt, auch mit Hilfe von Wissenschaftlern, Politikern und Medien so eingerichtet.

Das wird auch in den Programmen erkennbar. Je mehr die Parteien auf eine Mitregierung spekulieren, umso größer wird ihr Abstand zu den Problemen unserer Zeit.

Jene, die angesichts der Hochwasser und Dürren weiterbetonieren und -asphaltieren oder ohnehin schon zu hohe Tempolimits aufheben wollen, sind nicht nur aus der Zeit gefallen, sie **gefährden unsere Lebensgrundlage**.

Ein brisantes Schreiben machte in den vergangenen Tagen die Runde. Es wurde an alle Abgeordneten im Parlament, ausgenommen an jene

Ausgrenzung statt des Versuches zum Miteinander. Und Denunzieren statt einer Politik für die Menschen im Land. Wer schlecht regiert, bekommt die Rechnung bei Wahlen präsentiert. Nur wol-

bei all jenen hervor, die unser Land dem Untergang geweiht sehen. Daher gilt es, Front gegen die FPÖ zu machen, um eine Regierung mit den Blauen zu verhindern.

In einem Schreiben haben

Ein Versprechen für die Republik
Verein zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements
Prinz Eugen Straße 27/23
1030 Wien

- o Ich versichere hiermit, dass ich im Fall meiner Wahl zum Abgeordneten zum Österreichischen Nationalrat, eine Bundesregierung mit FPÖ-Beteiligung nicht unterstützen und ihr nicht zu einer parlamentarischen Mehrheit verhelfen werde.
- o Ich bin damit einverstanden, dass diese Erklärung veröffentlicht wird.

Mit diesem Schreiben fordern bekannte Frauen und Männer aus unserem Land Politiker auf, nicht mit der FPÖ zusammenzuarbeiten.

len heutige Politiker nicht zur Kenntnis nehmen, dass sie am Volk vorbeiregieren und auf diese Weise die Wählerinnen und Wähler in die Arme der Opposition treiben.

Schlechte Umfragewerte für die Regierung

Die Umfragen zeigen es. Vor der Nationalratswahl am kommenden Sonntag werden der FPÖ mit Herbert Kickl an der Spitze die meisten Stimmen zugesprochen, gefolgt von der Kanzlerpartei ÖVP und der SPÖ mit Andreas Babler. Die Grünen als zweite Regierungspartei kommt den Umfragen zufolge nur noch auf etwa acht Prozent und liegt abgeschlagen auf dem fünften Platz. Diese Werte rufen Panik

sich deshalb namhafte Frauen und Männer verschiedener Berufsgruppen an alle Parlamentarier und Politiker, die sich der Wahl stellen, ausgenommen der FPÖ, gewandt und sie aufgefordert, im Falle ihres Einzuges ins Hohe Haus, die Zusammenarbeit mit der FPÖ zu verweigern. Ihre Zusage sollen die Angesprochenen schriftlich bestätigen. Im Falle der Weigerung würden sie öffentlich denunziert. Gut 1.500 Briefe wurden verschickt.

Unter dem Aufruf „Ein Versprechen für die Republik“ haben sich die Verfasser zum „Verein zur Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements“ zusammengeschlossen. Dazu gehören